

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

92 (5.8.1947)



NEUESTE NACHRICHTEN

Deutsche Bitte um Handlungsfreiheit gegen den Nationalsozialismus

Württemberg-Badens Ministerpräsident Maier sprach im Rundfunk
Stuttgart, 4. Aug. (Dena). Der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, sprach am 2. August im Stuttgarter Rundfunk über die Politik des württembergischen Landes. Er sprach über die Aufgabe der Entnazifizierung und die Nahrungsmittelhilfe.
Der Ministerpräsident sagte zur Übernahme der Direktorenposten im Wirtschaftsrat durch die CDU, „nur mit Köpfschütteln wird ein Vaterlandsfreund die erste Frucht, welche der deutsche Wirtschaftsrat in Frankfurt geerntet hat, entgegennehmen“. Wenn man eine Methode fände, um die wirkliche freie Ansicht aller deutschen Politiker aus allen Parteien dazu festzustellen, so ergäbe sich bestimmt eine überwiegende Ablehnung der Übertragung aller Wirtschaftsdirrektorate auf eine einzige Partei, Dr. Maier hob dabei hervor, man könne nicht in offenem Konflikt und in völliger Zerrissenheit in den kommenden Winter hineingehen.
„Die Militärregierung hat uns die Gedanken- und Gewissensfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und die Redefreiheit gebracht“, sagte Dr. Maier, „wenn man nicht davon ausgeht, daß die deutsche Bevölkerung, die sich der Freiheit begeben, nach ihrer Fassung

CDU fordert gerechte Lösung der Grenzfragen im Osten

Berlin, 4. Aug. (Dena). Die vernunftgemäße und gerechte Lösung der deutschen Grenzfragen im Osten und die sofortige Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands wurden in zwei Entschließungen der Berliner Landesversammlung der CDU als unumgängliche Voraussetzungen zur Überwindung der deutschen Notlage gefordert.
Es sei eine Utopie anzunehmen, erklärte der Landesverbandsvorsitzende Dr. Walter Schreiber, daß Deutschland sein Leben durch Industrieexport fristen könne. Für 28 Millionen Menschen fehle die Ernährung. Um dieses Defizit durch Export zu decken, müßte Deutschland bei nur vierzig Prozent erhaltener Industriekapazität für neun bis zehn Milliarden Goldmark ausführen. Das sei mehr als viermal soviel, wie die deutsche Gebiets, die rund 28 Prozent der deutschen Ernte geliefert hätten, seien abgetrennt. Die Regelung der deutschen Ostgrenze um die Heimkehr des größten Teils der aus dieser Gebiete ausgewanderten Deutschen seien die entscheidenden deutschen Lebensfragen.

Die Ruhrkohlenvorkommen sollen zum Vorteile Europas einschließlich Deutschlands ausgebeutet werden

Die Abkommen zwischen der Bi-Zone und anderen europäischen Ländern

Die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen in Landeswährung
Berlin, 4. Aug. (Dena). Die Unterzeichnung des Finanzabkommens zwischen der Tschechoslowakei und den wirtschaftlich vereinigten Westzonen Deutschlands bedeutet die erste Maßnahme zur Verwirklichung eines weitreichenden Planes zur Finanzierung des Außenhandels, erklärten am 2. August 1947 Finanzsachverständige der amerikanischen Militärregierung.
Das neue Handelssystem beruhe auf einer Anzahl sogenannter „Gegenrechnungsabkommen“, die bisher mit Belgien, Holland, Frankreich, Italien, Österreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei abgeschlossen wurden. Diese Abkommen der beiden Militärregierungen sehen die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen in der Landeswährung des Partners vor. Beide Vertragsparteien haben jeweils eine Frist von 3½ Monaten, um ihre Schulden durch die Verrechnung von Warenlieferungen oder Dienstleistungen ihrerseits zu begleichen. Nach diesem Zeitraum müssen die Schulden nach Wahl des Gläubigers in Dollar oder Pfund Sterling bezahlt werden. Da die meisten europäischen Länder besträbt sind, ihre Dollar-Verpflichtungen möglichst gering zu halten, sind sie daran interessiert, zum Ausgleich Güter nach Deutschland zu liefern, wodurch der europäische Handel belebt wird.
Weizen-Vorräte der USA
Washington, 4. Aug. (Dena-Reuter). Die Brotgetreidevorräte der USA erreichten, die es Jahr fast die Rekordzahl von 1518 Mill. Bushels. Nur einmal in ihrer Geschichte, im Jahre 1942, verfügte die USA über höhere Vorräte.
Wie das US-Handelsministerium erklärte, ermöglichen die großen vorhandenen Getreidemengen eine Erhöhung der Exporte. Gleichzeitig machte es jedoch darauf aufmerksam, daß nach den vorliegenden Angaben die ausländische Nachfrage abermals die Exportmöglichkeiten übersteigen würde. Für Europa nimmt das Handelsministerium für dieses Jahr einen um zehn Prozent geringeren Betrag an Brotgetreide als 1946 an.
Sieben Arten von Care-Paketen
Berlin, 4. Aug. (Dena). Sieben neue Arten von Carepaketen gelangen jetzt zur Ausgabe. Es handelt sich dabei um ein Schmalz- und ein Haushalt-Leinwandpaket, sowie um ein Paket mit Strickwolle, ein Koscher-Lebensmittelpaket, ein Paket mit Nahrungsmitteln für Kleinkinder und ein Babywäschepaket. Die Mahl- und Schmalzsendungen kosten je vier, die übrigen 10 Dollar.

Bidault spricht von der im Osten wachsenden Gefahr

Entweder 5 Jahre Treuhänderschaft oder öffentliche Verwaltung

Paris, 4. Aug. (Dena-Reuter). Der französische Außenminister Bidault erklärte am 2. August vor dem Rat der Republik, die französische Außenpolitik beruhe auf dem Grundsatz, „im Osten wachsenden Gefahr“ dafür ein, daß die Ruhrkohlenvorkommen zum Nutzen Europas einschließlich Deutschlands ausgebeutet werden.
Frankreich wünsche keine Verschlimmerung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Es wolle weiterhin ein Repräsentant der Harmonie und des Übereinkommens bleiben. Bidault erklärte, die französische Regierung könne sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit einer Ablehnung des Marshall-Planes nicht einverstanden erklären. Aus diesem Grunde habe Frankreich ja auch alle Nationen, die zur Zusammenarbeit bereit sind, zur Mitarbeit aufgefordert. „Wir haben nicht aufgehört Förderer des Prinzips der kollektiven Sicherheit zu sein. Das ist der Grund, weshalb wir den Marshall-Plan annehmen.“
Wie aus London gemeldet wird, hofft Großbritannien, daß die häufig aufgeschobenen Ruhrbesprechungen in Washington nun endlich am Montag, den 11. August beginnen werden. Man ist in maßgebenden britischen Kreisen immer noch der Ansicht, daß eine isolierte Behandlung der Kohlenfrage nicht nur nutzlos, sondern auch unmöglich ist und daß die Washingtoner Besprechungen sich unabwendbar über den Rahmen der Tagesordnung hinaus auf weitgespannte Probleme ausdehnen werden.
Zwei neue Pläne für die Ruhr
Nach einer Dena-Meldung aus Bad Nauheim hat der Leiter des New Yorker Planungsamtes, Robert Moses, in einem Bericht an die amerikanische Regierung für die Verwaltung der Ruhrkohlengruben zwei Alternativpläne ausgearbeitet, die entweder eine fünfjährige „Kohlen-Treuhänderschaft“ unter anglo-amerikanischer Leitung mit einem einzigen deutschen Treuhänder oder ein öffentliches Verwaltungsgremium mit dem gleichen Aufbau wie im ersten Plan, vorsehen.
Nach Auffassung Moses liegt der Schlüssel zum deutschen Wiederaufbau ganz offensichtlich im Ruhrgebiet. Darüber seien sich anscheinend alle - Amerikaner, Engländer und Deutsche - im wesentlichen einig. Selbst die außerhalb des Ruhrgebietes lebenden Deutschen hätten sich bereits erklart, vorübergehend ihre örtlichen Bedürfnisse zurückzustellen und denen der Ruhr unterzuordnen. Als Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Stahlindustrie und anderer Fabrikationszweige bezeichnet Moses die Erhöhung der Nahrungsmittelzulassungen an die städtische Bevölkerung des Ruhrgebietes, Verbesserung des Transportwesens im Rahmen des Kohlen-Programms sowie Bereitstellung von Wohnraum, Verbrauchsgütern und anderen Mitteln. Dadurch würden die Ausgaben und Einfuhren steigen und Wirtschaftsbedingungen geschaffen werden, unter denen sich eine stabile und, wie zu hoffen sei, demokratische Gesamtregierung herausbilden könne.
In der Ernährungsfrage stützt sich Moses auf die Feststellungen des ehemaligen Präsidenten der USA, Herbert Hoover, und erklärt, die Durchschnittsernährung müßte auf 1800 Kalorien oder mehr erhöht werden. Besonders im Ruhrgebiet sei es zwecklos, die Zuteilungen an die Grubenarbeiter allein zu erhöhen, wenn der Bergmann sie doch mit seiner Familie teilen müsse.
Zu den von ihm für die Verwaltung der Ruhrkohlengruben ausgearbeiteten Alternativplänen erklärt Moses: Eine fünfjährige Treuhänderschaft würde alle finanziellen Probleme und die Frage der Nationalisierung in der Schwabe lassen. Es sei zweifelhaft, ob die Grubenarbeiter damit zufrieden sein würden und ihre volle Mitarbeit dadurch gesichert werde.
Der Plan einer Kohlenbehörde, der die Möglichkeit für viele Variationen in Einzelheiten offenläßt, würde andererseits den Bergleuten und auch der britischen Regierung eine gewisse Zusage für eine spätere Nationalisierung bieten.
„Unter diesem Plan könnten Gelder von der Internationalen Bank, den Regierungen der USA und Großbritannien sowie von staatlicher und privater Seite aufgenommen“
Fortsetzung auf Seite 2

Die Änderung des Säuberungsgesetzes vor dem württ.-badischen Landtag

Die Debatte der Parteien vor der Annahme des Gesetzentwurfs, Minister Stöb berichtet über die Sowjetzone

Stuttgart, 4. Aug. (Dr. Hue-Eig-Ber). Der württembergisch-badische Landtag hat ein Gesetz von großer politischer Tragweite angenommen, nämlich den Entwurf-Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Er hofft, daß diese dringenden Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden.
In der Aussprache der Parteien sprach als erster der Vertreter der CDU, Dr. Schönbuch, und brachte zum Ausdruck, daß von allen Parteien die Notwendigkeit der Reform des Gesetzes Nr. 104 erkannt worden sei. Die CDU vertrete die Ansicht, daß bei Ablehnung der neuen Vorschläge diese nicht mehr in der Lage sei, die Last zu tragen. Nach einer Mitteilung des Ministers für politische Befreiung seien 26 Millionen Personen freibefreit, von denen aber 2 Millionen nicht befreit seien, 288 000 seien bereits amnestiert, während 79 000 als Mithäufner und Inhaftierte erklärt wurden. 85 Personen sind in Württemberg-Baden in die Gruppe I und 135 als Aktivisten nach dem Gesetz eingestuft worden.
Dr. Haumann (DVP) ist der Meinung, daß die Entnazifizierungskräfte nur ein Stadium erreicht habe, in dem allgemeine Beobachtungen und Überlegungen um keinen Schritt mehr vorwärts bringen könnten. Er erklärte weiter: „Entweder ist es tatsächlich ein deutsches Gesetz, für das wir dann auch die Verantwortung tragen müssen, oder im Falle muß man es auch zugeben, daß wir es so umgestalten, wie es dem allgemeinen Rechtsverständnis entspricht und zwar nicht in unserem Volk.“
Dr. Cahn-Garnier als Sprecher der SPD äußerte aus, daß die Voraussetzung eines Württemberg-Badens, die Zählung des Trennungstrahes von Gestern und Heute und die erste Aufgabe die Ausrottung der NSDAP sei. Die Lochung der Kennkarte ließe an unsere persönliche Ehre und die Ehre der Militärregierung, dies zu bedenken, und dadurch weniger eine Entnazifizierung als eine Radikalisierung hervorgerufen werde.
Der Abg. Nuding (KPD) erklärte, daß das Gesetz 104 ein Vermissnis des deutschen Volkes sei, daß nur mit Hilfe der Alliierten das noch abgeschüttelt werde. Mitläufer sollen in Ruhe gelassen werden. Aber der Gesetzentwurf ließe die Betroffenen in Klasse I und 2 durch die Maschen schlüpfen. Minister G. Kamm gab einige statistische Zahlen zur Entnazifizierung. Er meinte, ein Millä-

Deutschland gegenüber Japan und Österreich im Nachteil

Berlin, 4. Aug. (Dena). Der Ministerpräsident Brandenburgs, Dr. Rudolf Steinhoff drückte am 1. August seine Bedauern darüber aus, daß der alliierte Kontrollrat den Entwurf der Ministerpräsidenten der Sowjetzone abgelehnt hat.
„Deutschland ist das einzige Land, das keine Regierung hat und damit hinter Ländern wie Japan und Österreich zurückbleibt, die nicht weniger Schicksal als wir, die Vertreter der deutschen Länder hätten bei gesamtdeutschen Fragen nur die Möglichkeit, sich an den Kontrollrat zu wenden, von dem man erwarte, daß er die regierungslose Zeit überbrücken und sich einschalten werde, nachdem in München kein Schritt vorwärts getan worden sei.“
Dr. Steinhoff brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, daß eine Beseitigung des Grundbesitzes und des Monopolkapitalismus auch in Westdeutschland eine reale Basis habe und zur Sicherung einer Demokratie notwendig sei.
Wie Dena aus Bad Nauheim meldet, verbreitet zu der Tatsache, daß der Alliierte Kontrollrat es ablehnte, die deutschen Ministerpräsidenten zu empfangen, laut Radio Berlin der sowjetischen Kontrollrat gegen die deutsche Nachrichtenagentur eine „ausländische Stellen“ entstammende Mitteilung, wonach das Koordinierungskomitee am 31. Juni beschlossen hatte, dem Kontrollrat den gleichzeitigen Empfang beider Delegationen zu empfehlen.
Nach einer erneuten Erörterung der Frage im Koordinierungskomitee hätten dem ADN-Beirat zufolge, am 30. Juli die britischen, amerikanischen und französischen Vertreter scharfen Widerspruch gegen die Erklärung der Ministerpräsidenten der Sowjetzone erhoben, die sich für die staatliche Einheit Deutschlands eingesetzt und die Anhänger einer föderalistischen Gliederung Deutschlands verurteilt hätten. Der Vorschlag des sowjetischen Vertreters, die Delegation trotzdem zu empfangen, weil er keine Kritik an der Besatzungsmächten feststellen könne, sei abgelehnt und die Frage vor Vorschlag der amerikanischen Vertreter von der Tagesordnung abgesetzt worden.

W. Simpfendorfer als Hauptschuldiger vom öffentlichen Kläger eingestuft

Der ehemalige Kultusminister muß als eifriger Propagandist der Nazi-Gewaltherrschaft gewertet werden

Stuttgart, 4. Aug. (Dena). Die Einrellung des ehemaligen württembergisch-badischen Kultusministers Wilhelm Simpfendorfer in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragte am 2. August der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Erwin Stummpp. Der öffentliche Kläger schloß sich der politischen Werdegang Simpfendorfers an und stellte fest, daß der Betroffene von 1918 bis 1927 parteilos war. Simpfendorfer habe jedoch nach einer von ihm im Jahre 1940 unterzeichneten Liste stets Rechtsparteien, insbesondere „Recht und Gerechtigkeit“, gewählt. Im Jahre 1927 sei er dem Christlich-sozialen Volksdienst beigetreten und später dessen Vorsitzender und gleichzeitiger Fraktionsführer im ehemaligen Reichstag geworden.
Diese Partei löste sich auf eigenen Beschluß hin am 30. Juni 1933 auf. Der Betroffene habe dann im Juli 1933 den damaligen Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick in einem Schreiben gebeten, als Hospitant in die Rechtsabteilung der NSDAP aufgenommen zu werden. Dieser Brief Simpfendorfers sei von Frick entgegengenommen worden. Der öffentliche Kläger zitierte ferner ein Schreiben des ehemaligen württembergischen Kultusministers Mergenthaler aus dem Jahre 1941, in dem dieser die dienstlichen Leistungen des Betroffenen als Lehrer hervorhob und zum Ausdruck bringt, daß Simpfendorfer es im Religionsunterricht geschickt verstände, nationalsozialistische Werte herauszustellen.
In der von Simpfendorfer herausgegebenen Zeitung „Evangelischer Weg“ habe, so führte der öffentliche Kläger weiter aus, der Betroffene sich in einem Artikel vom März 1936 anlässlich der „Vertrauensabstimmung über Hitler als Wahlpropagandist für Hitler eingesetzt. Am 29. März, dem Abstimmungstag, sei jede Stimme für Adolf Hitler ein Bekenntnis zu echter Volks- und Schicksalsgemeinschaft, zu Ehre, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gewesen. Simpfendorfer habe alles in der Welt liebte.“
Das Gesamtverhalten des Betroffenen müsse mit Rücksicht auf das erhebliche politische Ansehen, das er genossen habe, als außerordentliche, politische und propagandistische Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewertet werden.

W. Simpfendorfer als Hauptschuldiger vom öffentlichen Kläger eingestuft

Der ehemalige Kultusminister muß als eifriger Propagandist der Nazi-Gewaltherrschaft gewertet werden

Stuttgart, 4. Aug. (Dena). Die Einrellung des ehemaligen württembergisch-badischen Kultusministers Wilhelm Simpfendorfer in die Gruppe der Hauptschuldigen beantragte am 2. August der öffentliche Kläger bei der Spruchkammer Stuttgart, Erwin Stummpp. Der öffentliche Kläger schloß sich der politischen Werdegang Simpfendorfers an und stellte fest, daß der Betroffene von 1918 bis 1927 parteilos war. Simpfendorfer habe jedoch nach einer von ihm im Jahre 1940 unterzeichneten Liste stets Rechtsparteien, insbesondere „Recht und Gerechtigkeit“, gewählt. Im Jahre 1927 sei er dem Christlich-sozialen Volksdienst beigetreten und später dessen Vorsitzender und gleichzeitiger Fraktionsführer im ehemaligen Reichstag geworden.
Diese Partei löste sich auf eigenen Beschluß hin am 30. Juni 1933 auf. Der Betroffene habe dann im Juli 1933 den damaligen Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick in einem Schreiben gebeten, als Hospitant in die Rechtsabteilung der NSDAP aufgenommen zu werden. Dieser Brief Simpfendorfers sei von Frick entgegengenommen worden. Der öffentliche Kläger zitierte ferner ein Schreiben des ehemaligen württembergischen Kultusministers Mergenthaler aus dem Jahre 1941, in dem dieser die dienstlichen Leistungen des Betroffenen als Lehrer hervorhob und zum Ausdruck bringt, daß Simpfendorfer es im Religionsunterricht geschickt verstände, nationalsozialistische Werte herauszustellen.
In der von Simpfendorfer herausgegebenen Zeitung „Evangelischer Weg“ habe, so führte der öffentliche Kläger weiter aus, der Betroffene sich in einem Artikel vom März 1936 anlässlich der „Vertrauensabstimmung über Hitler als Wahlpropagandist für Hitler eingesetzt. Am 29. März, dem Abstimmungstag, sei jede Stimme für Adolf Hitler ein Bekenntnis zu echter Volks- und Schicksalsgemeinschaft, zu Ehre, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit gewesen. Simpfendorfer habe alles in der Welt liebte.“
Das Gesamtverhalten des Betroffenen müsse mit Rücksicht auf das erhebliche politische Ansehen, das er genossen habe, als außerordentliche, politische und propagandistische Unterstützung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewertet werden.

Kriegsgefangene aus Rußland

Berlin, 4. Aug. (AP). Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone Deutschlands zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß zu jeder Art Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden vielleicht nie wieder arbeiten können, heißt es in dem offiziellen Halbmonatsbericht der amerikanischen Militärregierung.

Balten fliehen nach Schweden

Stockholm, 4. Aug. (Dena-Reuter). Baltische Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone fliehen in großer Zahl nach Schweden. Als Begründung dafür wird angegeben, daß die sowjetischen Besatzungsbehörden begonnen haben, alle Balten in ihrer Zone nach Sibirien zu deportieren. Die baltischen Flüchtlinge sollen die schwedischen Behörden darum ersuchen haben, ihnen Zuflucht zu gewähren. Schweden ist dazu grundsätzlich bereit, sofern die Balten nachweisen können, daß sie während des Krieges nicht der ehemaligen deutschen Wehrmacht angehört haben.

Europa - die Brücke zwischen Osten und Westen

Kassel, 4. Aug. (Dena). In einem am Sonntag in der Zeitschrift „Neue Kirche“ (Bethel) erschienenen Aufsatz „Brücke zwischen Ost und West“ erklärte Pastor Dr. Martin Niemöller, Amerika könne ein geeintes Europa auf christlicher Grundlage schaffen helfen, wenn es alles verneine, was in den Ländern Europas neue nationalisistische Reaktionen hervorruft.
„Außerdem kann Amerika die wirtschaftliche Einigung der europäischen Nationen vorwärts treiben, die kulturelle und christliche Selbständigkeit eines künftigen neuen Europas fördern.“ Eine solche Politik könne sehr bald die Spannung zwischen der Sowjetunion und Amerika vermindern und den ersten Schritt zu einer friedlichen Zukunft der Menschheit tun.
Das Problem Europa könne man weder dadurch lösen, daß man Europa für den Bolschewismus gewinne noch dadurch, daß man es für den westlichen Amerikanismus verliere. Die Lösung liege in der Sowjetunion und Amerika vermindern und den ersten Schritt zu einer friedlichen Zukunft der Menschheit tun.
Das Problem Europa könne man weder dadurch lösen, daß man Europa für den Bolschewismus gewinne noch dadurch, daß man es für den westlichen Amerikanismus verliere. Die Lösung liege in der Sowjetunion und Amerika vermindern und den ersten Schritt zu einer friedlichen Zukunft der Menschheit tun.



Mr. Peter J. Heller, Chef der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung Württemberg-Baden, ein Freund und Förderer der freien deutschen Presse, heiratete am 31. Juli in Stuttgart.



Peter J. Heller und seine Gattin Gisela geb. Vogt.

Kurz beleuchtet

Der vom Landtag verabschiedete Initiativgesetzentwurf zur Änderung des Befreiungsgesetzes stellt eine befriedigende Tat dar. Wir hoffen, daß die Militärregierung ihre Zustimmung gibt. Alle Einzelheiten liegen noch nicht vor, soviel jedoch ist zu erkennen, daß dieser Entwurf dreierlei bewirken will und kann: Eine Beschleunigung des Säuberungsprozesses, eine Erleichterung für die „kleinen“ Fg und damit Beseitigung des nicht länger tragbaren Zustandes der Trennung des Volkes in zwei Teile, drittens schließlich ein rasches und entschlossenes Vorgehen gegen die wirklich Schuldigen. Im ganzen scheint also ein rechtlicher Kompromiß zwischen den Intentionen der Militärregierung und dem Standpunkt Minister Kamm vorzuliegen. Die Notwendigkeit der Reform ist von allen Parteien anerkannt worden, es herrscht also in einer vorläufigen politischen Frage erhebliche Einigkeit. Das Rechtsverständnis des Volkes stellt in diesem Falle hinter Parlament und Regierung. Württemberg-Baden hat, wie Ministerpräsident Dr. R. Maier treffend feststellte, eine außerordentliche und der Zustimmung gewisse Anstrengung gemacht, dem Gesetz und der Demokratie zu dienen. W. S.

Im Telegrammstil

Washington. Außenminister George Marshall wird die USA bei der am 13. August in Rio de Janeiro beginnenden pan-amerikanischen Konferenz vertreten. (Dena)
New York. Der Welticherheitsrat beschloß am 1. August die Resolutionen, die die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten anzuordnen. (Dena-Reuter)
London. Die Ernennung Viscount Mountbattens zum General-Gouverneur des Dominions Indien und Mohammed Ali Jinnahs zum General-Gouverneur von Pakistan wurde am 4. August von König Georg gebilligt. (Dena-INS)
Paris. Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaftsbewegung (CGT) in der französischen Besatzungszone Deutschland, Roger Jahan, wurde am 30. Juli aus der französischen Besatzungszone ausgewiesen. (Dena-INS)
Paris. Die Gattin des argentinischen Präsidenten, Eva Peron, hat am 3. August die französische Riviera verlassen, um sich in Richtung der schweizer Regierung zu einem offiziellen Besuch nach der Schweiz zu begeben. (Dena-Reuter)
Oslo. König Haakon der Siebente von Norwegen beginnt am 4. August die Regierung, zu dem ihm das norwegische Volk durch sein Geschenk machte. (Dena-Reuter)
Mannheim. Die Berufungskammer in Mannheim ist jetzt durch Anordnung der Ministerialabteilung Badens im Ministerium der öffentlichen Befreiung aufgehoben worden. Gleichzeitig wurde die Zentralstelle der nordbadischen Berufungskammer in Karlsruhe angeordnet. (Dena)
Stuttgart. Die „Neue Württembergische Zeitung“ (Schwäbische) hat ihren Namen am 2. August ihr einjähriges Bestehen gefeiert. (Dena)
Stuttgart. In einem Schreiben an die Stuttgarter Zeitung haben sich 28 Gemein-

So war das nicht...

Noch immer nicht hat sich der Bescheid... Baustoff-Zuteilung vorerst gestrichen...

Baustoff-Zuteilung vorerst gestrichen.

Sämtliche Baustoffe für das Reparatur-Programm der Bahn... Die Baustofflage hat sich durch die geringere Zuteilung...

Soziale Aufgaben der Gegenwart

Landesstag der badischen Wohlfahrts- und Jugendämter in Mannheim... Es steht jedoch fest, daß ein wirklicher Anstieg der straffälligen Jugend nicht vorliegt...

Soziale Aufgaben der Gegenwart

Landesstag der badischen Wohlfahrts- und Jugendämter in Mannheim... Zu der am Mittwoch, 30. Juli, in Mannheim abgehaltenen Landesversammlung...

Spielverbot für Östliche

Man hofft noch auf Milderung... Wegen eines durchschnittenen Telefonskabels zum Hefzerheim Rennplatz...

Spielverbot für Östliche

Man hofft noch auf Milderung... Wegen eines durchschnittenen Telefonskabels zum Hefzerheim Rennplatz...

KURZE STADTNOTIZEN

Kinderspeisung. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß sich alle Jugendlichen zwischen 14-18 Jahren zur Teilnahme an der Schülerspeisung...

Leiter der Heidelberger Kinderklinik entlassen

Vier Kinder starben an Lues-Infektion... Professor Dr. Philipp Bamberger, Leiter der akademischen Kinderklinik in Heidelberg...

Leiter der Heidelberger Kinderklinik entlassen

Vier Kinder starben an Lues-Infektion... Professor Dr. Philipp Bamberger, Leiter der akademischen Kinderklinik in Heidelberg...

Aus Kabarett und Film

Auch Künstler und Artisten wollen nicht an jedem der 365 Tage des Jahres arbeiten... Die neue Programmschlüssel im Volkstheater...

Aus Kabarett und Film

Auch Künstler und Artisten wollen nicht an jedem der 365 Tage des Jahres arbeiten... Die neue Programmschlüssel im Volkstheater...

Waldbrod in der Pfalz

In den Nachmittagsstunden des 3. 8. Brod auf der Höhe von Berg (Pfalz) im Bismarckwald... Die Waldbröde sind ein beliebtes Sommeressen...

Waldbrod in der Pfalz

In den Nachmittagsstunden des 3. 8. Brod auf der Höhe von Berg (Pfalz) im Bismarckwald... Die Waldbröde sind ein beliebtes Sommeressen...

Die Karlsruher Rheinflößen im Juli 1947

Im Juli 1947 sind in Karlsruhe 3 Güterboote, 21 Motorboote und 179 Schleppboote... Die Rheinflöße sind ein beliebtes Sommervergnügen...

Die Wahrheit über die Zeugen Jehovas

Über dieses Thema sprach am Sonntag, 2. August, in Karlsruhe... Die Zeugen Jehovas sind eine religiöse Gruppe...

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst Rheinhessen... Vorhersage für den 5. August 1947...

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen... Am Samstag fanden sich 3 Arbeitsjubilare...

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen... Am Samstag fanden sich 3 Arbeitsjubilare...

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen

Arbeits-Jubiläum bei der Firma Schöpergen... Am Samstag fanden sich 3 Arbeitsjubilare...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

Münchener Sommerwochen 1947

Ein umfangreiches Kulturprogramm... Bereits 1946 wurde in München der Versuch gemacht, einen Kulturwochen...

